

Pressedienst Nr. 16528
Montag, 15. Mai 2023

Kocher: Lebensmittel-Preisrechner so rasch wie möglich umsetzen	1
Totschnig kündigt 2 Mio. Euro für zukunftsorientierte Forschungsprojekte an	2
Slowakei hebt Importverbot für ukrainische Agrarprodukte auf	3
Trockenheit in Spanien: Regierung unterstützt Landwirte mit Milliarden-Hilfspaket	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Kocher: Lebensmittel-Preisrechner so rasch wie möglich umsetzen

Genauere Ausgestaltung unter Wettbewerbsexperten noch umstritten

Wien, 15. Mai 2023 (aiz.info). - Ein Lebensmittel-Preisrechner für Grundnahrungsmittel im Supermarkt und im Online-Handel soll laut Wirtschaftsminister **Martin Kocher** "so rasch wie möglich" umgesetzt werden. Einen konkreten Zeitplan gebe es aber noch nicht, sagte der Minister bei einem Online-Hintergrundgespräch am Montag laut APA. Wie genau eine Lebensmittelpreise-Transparenzdatenbank ausgestaltet sein sollte, sei aber unter Wettbewerbsexperten umstritten.

Neben der angedrohten Erlösabnahme bei Energiekonzernen und einem Lebensmittel-Transparenzbericht haben Kanzler Karl Nehammer und Vizekanzler Werner Kogler vergangenen Mittwoch nach dem Ministerrat außerdem angekündigt, dass weitere Transparenzmaßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs erarbeitet werden. Kocher traf vergangenen Freitag Vertreter der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) und eine Runde von Wettbewerbsökonominnen, um unter anderem über mehr Transparenz im Lebensmittelsektor zu sprechen. "Es muss gut überlegt sein", so der Minister. Als Beispiel verwies er auf eine Smartphone-App zu Lebensmittelpreisen in Israel, die zu einem Rückgang des Preisniveaus um ein paar Prozentpunkte geführt habe.

Manche Experten würden dafür plädieren bei einem Preisrechner nur einen Warenkorb anzuzeigen, damit Supermärkte nicht ihre Preise "koordinieren" können, sagte der Wirtschaftsminister. Andere Fachleute würden eine vollständige Preistransparenz bei Milch, Eiern, Butter, Käse, Mehl, Obst und Gemüse empfehlen, damit Konsumenten ihr Kaufverhalten auch daran ausrichten können. Im Gegensatz zum Spritpreisrechner in Österreich müsse man bei Lebensmitteln auch die "Heterogenität" der Produkte erfassen, etwa Herkunft und Qualität, so Kocher. Es könne nicht Ziel sein, dass "weniger österreichische Produkte gekauft werden".

Ein Preisrechner für Lebensmittel im Online-Handel lässt sich nach Angaben des Wirtschaftsministers schneller umsetzen als eine Datenbank für Supermarktpreise. "Das muss nicht gleichzeitig kommen." Damit Supermärkte ihre Preise für Grundnahrungsmittel in den Filialen etwa an das Wirtschaftsministerium oder die Wettbewerbsbehörde melden, braucht es laut Kocher "eine gesetzliche Grundlage". Er verwies auf Aussagen von Bundeskanzler Nehammer, dass nun Maßnahmen notwendig seien, die im Herbst wirksam werden.

Mittel- und langfristig müssten im Wettbewerbsrecht "die richtigen Maßnahmen" gesetzt werden, sagte Kocher im Hinblick auf Marktmarktkontrolle und Branchenuntersuchungen der BWB. Mögliche Verbesserungen seien etwa die Erweiterung der Anmeldepflicht von Unternehmenszusammenschlüssen oder die Aufwertung des Instruments der Branchenuntersuchung, hieß es von der Behörde auf APA-Anfrage. "Die BWB bietet gerne ihre Expertise an für die rechtliche Umsetzung der konkreten Gesetzesvorschläge." Es gehe kurzfristig nun aber darum, dass Unternehmen durch Maßnahmen dazu bewegt werden, niedrigere Preisanstiege oder gesunkene Preise an Kunden weiterzugeben, so Kocher.

Die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel - wie von der Opposition und Gewerkschaft gefordert - ist für den Wirtschaftsminister derzeit weiterhin kein Thema. Dies sei sozial "sehr wenig treffsicher", weil Personen mit höheren Einkommen und höheren Lebensmittelausgaben viel stärker von einer Lebensmittel-Steuersenkung profitieren würden. Kategorisch wollte Kocher eine Senkung nicht ausschließen. Niemand könne sagen, was in Zukunft passiere. "Im Moment sehe ich es nicht."

Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will plädierte im Ö1-"Morgenjournal" am Montag dafür, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel nicht temporär abzuschaffen, sondern dauerhaft zu senken. Der Chef von Rewe Österreich (u.a. Billa, Penny), Marcel Haraszi, hat bereits im Vorjahr eine Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel ins Spiel gebracht. Vergangene Woche erneuerte Haraszi seinen Vorschlag.

Wie oft der von der Regierung angekündigte Lebensmittel-Transparenzbericht erscheinen wird, ist noch offen. "Derzeit wird noch an den Rahmenbedingungen für den Lebensmittel-Transparenzbericht gearbeitet. Ziel ist es, dass dieser in regelmäßigen Abständen erscheint", hieß es vom Landwirtschaftsministerium auf APA-Anfrage. Der Transparenzbericht werde die Einkaufspreise des Lebensmittelhandels anhand definierter Lebensmittel auf Basis der Agrarmarkttransparenzverordnung veröffentlichen. (Schluss)

Totschnig kündigt 2 Mio. Euro für zukunftsorientierte Forschungsprojekte an

Erneuerbare Ressourcen, Klimawandel und Versorgungssicherheit im Fokus

Wien, 15. Mai 2023 (aiz.info). - Das Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) fördert Forschungsprojekte in den Bereichen erneuerbare Ressourcen und Klimawandel. Konkret stellt das Ministerium 2 Mio. Euro für zukunftsorientierte Initiativen hinsichtlich Klimawandel, Energiewende und digitaler Transformation und damit auch zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit bereit. "Immer längere Trockenphasen führen uns vor Augen, welche Herausforderungen uns in den nächsten Jahren erwarten könnten. Erneuerbare Ressourcen nutzen, schützen und fördern ist ein Gebot der Stunde. Die Wissenschaft ist auch beim Klimawandel unser wichtigster Partner und unsere größte Chance. Deshalb stellen wir zwei Mio. Euro für konkrete Forschungsprojekte im Bereich erneuerbare Ressourcen und Klimawandel zur Verfügung", betonte Bundesminister **Norbert Totschnig** beim "Tag der Ressortforschung" des BML.

Das BML bietet mit dem jährlichen "Tag der Ressortforschung" eine Plattform, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern und praxisnahe Forschungsprojekte anzustoßen. Heuer stand die Veranstaltung unter dem Motto "Nehmen wir unsere Zukunft in die Hand! Was kann Ressortforschung zu erneuerbaren Ressourcen und Klimaschutz beitragen?". Entsprechende Projekte können bis 15. August 2023 auf der Forschungsplattform des Ministeriums www.dafne.at eingereicht werden.

"Mir ist wichtig, dass Forschung am Ende des Tages auch in der Praxis ankommt. Mit unseren Forschungsaktivitäten leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung bevorstehender Herausforderungen und liefern Antworten auf aktuelle, praxisrelevante Fragen. Mit Forschung im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Nutzung erneuerbarer Ressourcen wollen wir unsere Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sowie unsere Regionen zukunftsfitter gestalten", so Totschnig.

Wissenschaft trifft Praxis

Die Bedürfnisse und Erfahrungen von Wissenschaft und Praxis standen im Fokus der Impulsreferate beim "Tag der Ressortforschung". Wissenschaftskommunikator **Florian Freistetter** setzte sich unter anderem mit der Problematik der Wissenschaftsskepsis auseinander: "Die Klimakrise ist umfassend und global. Sie hat Auswirkungen auf alle und alles und wird ohne Zweifel unser Handeln und unseren Alltag in den nächsten Jahrzehnten in sämtlichen Bereichen bestimmen. Darum ist es nötig, dass möglichst viele Menschen über das Klima und die Wissenschaft hinter der Klimakrise Bescheid wissen."

Bio-Bäuerin und Landwirtschaftslehrerin **Maria Hutter** betonte, dass Forschung möglichst praxisnah sein müsse, um rasch auf den bäuerlichen Betrieben umgesetzt zu werden. Zudem verwies sie auf die Chancen durch heimische, nachhaltige Produktion: "Regionalität liegt in unserer Hand. Jeder Einkaufszettel ist ein Wahlzettel: Welche Art von Landwirtschaft möchte ich unterstützen? Hoffentlich die österreichische, die weitgehend Ressourcen-schonend arbeitet und nachvollziehbare Qualitätsstandards aufweist - ökologisch und sozial."

Zu einem intensiven Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis kam es bei insgesamt vier Workshops zu Themen wie klimafitte Land- und Forstwirtschaft oder Wassermanagement. Ziel dieser Workshops war es, Ideen für konkrete Forschungsfragen sowie Projekte zu identifizieren.

Forschung im BML

Im Vorjahr war der "Tag der Ressortforschung" der Versorgungs- und Ernährungssicherung gewidmet. 3 Mio. Euro standen dafür zur Verfügung. Mit dem aktuellen Call zu erneuerbaren Ressourcen und Klimawandel umfasst die Forschungsoffensive des BML insgesamt 5 Mio. Euro.

Das BML betreibe und unterstütze Forschung in seinem gesamten Kompetenzbereich. Eine zentrale Rolle spiele die Arbeit der insgesamt neun forschungsaktiven Dienststellen des BML, die mit Partnerinstitutionen aus dem In- und Ausland zusammenarbeiteten. Dazu kommen Forschungsaufträge an externe Partner und die Beteiligung an nationalen und europäischen Forschungsprogrammen, wird betont. (Schluss)

Slowakei hebt Importverbot für ukrainische Agrarprodukte auf

Verbot mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt

Bratislava, 15. Mai 2023 (aiz.info). - Die Slowakei hat ihr im April einseitig verhängtes Importverbot für Getreide und andere Agrarprodukte aus der Ukraine aufgehoben. Das gab das Wirtschaftsministerium in Bratislava Ende vergangener Woche bekannt. Nach einem in der Regierungssitzung am Freitag gefassten Beschluss habe Wirtschaftsminister Karel Hirman die entsprechende Anordnung noch am selben Tag unterschrieben und damit das Verbot mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt, meldet die APA.

Der Beschluss zur Aufhebung des Importverbots erfolgte in der letzten Sitzung des konservativ-populistischen Minderheitskabinetts von Ministerpräsident Eduard Heger. Heute, Montag,

hat Präsidentin Zuzana Caputova an seiner Stelle eine Beamtenregierung ernannt. Hegers Regierung hatte schon im Dezember ein Misstrauensvotum im Parlament verloren und amtierte seitdem nur mehr kommissarisch.

Die Slowakei hatte am 17. April 2023 ein vorübergehendes Importverbot für eine ganze Reihe von Agrarprodukten aus der Ukraine verhängt, um die eigene Landwirtschaft zu schützen. Auf der Liste standen Zucker, Trocken-Tierfutter, Saatgut, Hopfen, Leinen und Hanf, Obst und Gemüse in roher wie auch verarbeiteter Form, Wein und andere alkoholische Produkte sowie Honig. Der Transit dieser Produkte in Drittländer blieb aber stets erlaubt.

Auch vier andere an die Ukraine grenzende EU-Staaten - Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Polen - hatten den Import einer Reihe von ukrainischen Agrarprodukten blockiert. Die dortigen Bauern hatten nach der Aufhebung von Importzöllen über massive ukrainische Konkurrenz geklagt.

Landwirtschaftsminister aus zwölf EU-Staaten - darunter Österreich - haben unterdessen die von Brüssel unterstützte Importbeschränkungen ukrainischer Agrarprodukte in die fünf EU-Länder kritisiert. Die Minister übten in einem am Freitag bekannt gewordenen Brief Kritik an die Europäische Kommission, dass die Vereinbarung das Funktionieren des EU-Binnenmarkts behindere. Zudem sei sie ohne Rücksprache mit allen EU-Mitgliedstaaten getroffen worden.

Unabhängig von dem Importverbot verfügte das Landwirtschaftsministerium in Bratislava schon am 14. April ein Verkaufsverbot für eine Lieferung von 1.500 t ukrainischen Weizens, weil darin Pestizide nachgewiesen wurden. (Schluss)

Trockenheit in Spanien: Regierung unterstützt Landwirte mit Milliarden-Hilfspaket

Direkthilfen, steuerliche Entlastungen und Zuschüsse für Versicherungspolizzen

Madrid, 15. Mai 2023 (aiz.info). - Die spanische Regierung greift den von Trockenheit geplagten Landwirten des Landes mit einem Milliarden-Paket unter die Arme. Auf einer außerordentlichen Ministerratssitzung seien am Donnerstag in Madrid Hilfsmaßnahmen sowie Investitionen im Gesamtwert von knapp 2,2 Mrd. Euro beschlossen worden, teilte die linke Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez laut Dow Jones News mit. Ein erstes Dekret umfasst den amtlichen Angaben zufolge direkte Hilfen für Landwirtschaft und Viehzucht sowie unter anderem steuerliche Erleichterungen und die staatliche Subventionierung von Versicherungspolizzen im Gesamtwert von 784 Mio. Euro. Außerdem werden rund 1,4 Mrd. Euro für den Bau neuer Infrastrukturen wie Wasserentsalzungsanlagen bereitgestellt.

"Spanien hat schon seit Jahren mit Dürreperioden zu kämpfen, aber aufgrund des Klimawandels werden diese immer schlimmer", sagte die Ministerin für Ökologischen Wandel, **Teresa Ribera**. Extreme Wetterereignisse würden in Zukunft immer häufiger vorkommen. Auch die Folgen des Krieges in der Ukraine machten sich im Agrarsektor bemerkbar, betonte die Regierung.

In einigen Regionen Spaniens wie Katalonien sind die Stauseen im Schnitt nur noch zu 25% gefüllt. Nach Angaben der Koordinierungsstelle der Verbände der Landwirte und Viehzüchter ist die Lage aber auch in Andalusien, Extremadura, Kastilien-La Mancha, Murcia, Aragonien, Madrid und Kastilien

und León "alarmierend". Dort würden unter anderem die Weizen- und Gerstenernte dieses Jahr praktisch als "verloren" betrachtet.

Die konservative Opposition kritisierte die Maßnahmen als ungenügend und versicherte, Sánchez setze vor den Regional- und Kommunalwahlen am 28. Mai und der Parlamentswahl Ende des Jahres auf populistische Aktionen. Oppositionsführer Alberto Núñez Feijóo sagte bei einer Wahlkampfveranstaltung in Valencia, Investitionen in Höhe von mindestens 40 Mrd. Euro im Wasserbereich über einen Zeitraum von zehn Jahren seien dringend nötig. (Schluss)